

Terror im Sperrgebiet: Studie zu Zwangsaussiedlungen

Die Aufarbeitung der Nachkriegs- und DDR-Zeit bildete den thematischen Schwerpunkt der Ortschronisten-Konferenz am Samstag. Eingeladen in den Heiligenstädter Plenarsaal hatte wieder der Verein für Eichsfeldische Heimatkunde. Das Hauptreferat hielt Beurens katholischer Pfarrer Martin Montag, seit 1989 Vorsitzender vom Bürgerkomitee des Landes Thüringen, mit der Vorstellung der Studie Terror, über den niemand spricht.



Pfarrer Martin Montag, Vorsitzender des Bürgerkomitees des Landes Thüringen, bei seinem Vortrag über die Zwangsaussiedlungen im Eichsfeld auf der Konferenz der Ortschronisten in Heiligenstadt. Foto: Jürgen Backhaus

Heiligenstadt. Dieses Heft dürfte die faktenreichste Arbeit zu Zwangsaussiedlungen aus dem Sperrgebiet im Eichsfeld sein. Im besonderen Blickpunkt: die beiden vom SED-Regime penibel geplanten und unter großem Spitzel-, Polizei-, Grenztruppen- und Kampfgruppeneinsatz durchgeführten Aktionen "Ungeziefer" im Mai/Juni 1952, kurz nach Einführung des Sperrgebiets und ersten Sperranlagen, sowie "Kornblume" (nach einem Unkraut im Getreide) im Oktober 1961 kurz nach dem Mauerbau. Den Betroffenen sei ohne Begründung Hab und Gut und alles Vertraute genommen worden, so Montag. Manche seien daran auch psychisch zerbrochen. Die SED habe zum Machterhalt den Verlust der Menschenwürde einkalkuliert.

Wie der Gastreferent sagte, verdankt sich die Studie, die mit Zeitzeugen-Berichten und Dokumenten das Unrecht aufzeigt, einem Großeltern-Enkel-Dialog. Nachdem eine Schülerin des Heiligenstädter St. Elisabeth-Gymnasiums auf das Schicksal ihrer zwangsausgesiedelten Großeltern aufmerksam geworden war, entstand eine Seminarfacharbeit, die von der Stiftung Eittersberg ausgezeichnet wurde. Das Bürgerkomitee veröffentlichte diese Arbeit, ergänzt durch eine Statistik mit den Zahlen (bei Einwilligung auch Namen) der Zwangsausgesiedelten der heutigen Landkreise Eichsfeld und Unstrut-Hainich sowie um weitere Angaben und die Problematik der noch ausstehenden Rehabilitierung und Entschädigung. Ausgesiedelte, die das Sperrkonto mit dem angeblich dem Wert ihrer verlorenen Immobilien entsprechenden Geld angerührt hatten, galten nach der Wiedervereinigung als entschädigt.

Aufgelistet sind zudem "Umsetzungen in das Hinterland" von Bewohnern grenznaher Gebäude und das Ausradieren von Höfen wie Hessel oder Keudelstein (wobei die Bewohner ein Ultimatum erhielten mit den Alternativen Neubau weiter im Inland oder Aussiedlung) zu anderen Zeitpunkten. Erwähnt werden auch Waldrodungen zur Schaffung "von Sicht- und Schussfeld" z.B. am Hanstein und bei Großtöpfer, die Sperrung von Straßen oder die Anweisung, dass der Sportverein Kirchgandern auf seinem Sportplatz keine Spiele mehr austragen durfte.

In Bezug auf Menschen ging es darum, "Unsicherheitsfaktoren" aus dem Grenzgebiet zu entfernen. Intern dokumentierte Begründungen waren u.a.: "Verbindung mit dem Westen", "Schieberei", "RIAS-Hören", "Beleidigung der VP", "ständiges Hetzen", "Widerstand gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft", "illegale Arbeit in der Westzone", am häufigsten aber einfach "negative" oder "reaktionäre Einstellung zur DDR". Andere wussten einfach zu viel, etwa als Waldarbeiter oder Postangestellter. Für die Machthaber war klar, dass zusammen mit einer belasteten Person auch die ganze Familie "umziehen" musste. Bei der Aktion 1961 wurden auch

Familien, die schon 1952 deportiert worden waren und später zurückkehren durften, ein zweites Mal zwangsausgesiedelt.

Und, so Montag: "Die wichtige Frage nach der Zivilcourage gegenüber dem übermächtigen SED-Regime hat einige wenige Namen und Gesichter erhalten. Namen und Gesichter von Menschen, die sich trotz zu erwartender persönlicher und familiärer Konsequenzen nicht zu Handlangern der Diktatur machen ließen." Einer dieser Namen ist Heinrich Meyer, der 1952 Bürgermeister in Steinbach war, das bis 1972 im Sperrgebiet lag. Für eine Zwangsaussiedlung mussten im jeweiligen Dorf drei Personen unterschreiben. Bei "Ungeziefer" unterschrieben in Steinbach, wo es vier Bauernfamilien treffen sollte, zwar zwei SED-Mitglieder, aber nicht der Bürgermeister, weil er es nicht verantworten konnte. Man wusste von der in Reinholterode erfolgten Aktion, und dass in Heiligenstadt Waggonen bereit standen... Auf den Listen fehlen aber nur wenige Ortsnamen, die dabei sein sollten, und Steinbach auch 1961. Offenbar waren Systemträger in ihrem Handeln recht frei. Jedoch soll zumindest ein Bürgermeister, der nicht unterschrieb, mit Familie ebenfalls abtransportiert worden sein.

Martin Montag bat die Chronisten und Heimatkundler, nach weiteren Beispielen von Zivilcourage zu suchen. Hilfreich zur weiteren Aufarbeitung wären auch Karten und einzelne Skizzen zu Änderungen des Sperrgebiets etwa im Raum Uder und Heiligenstadt, Burgwalde und Schönau sowie am Ohmgebirge. Mit diesen Anliegen hatte das Komitee alle Eichsfelder VGen und Bürgermeister angeschrieben ohne Resonanz.

Jürgen Backhaus / 25.10.10 / TLZ